

Rede 1. Mai Feier in Unterkulm, 30. April 2021, Silvia Dell'Aquila

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Es freut mich sehr, dass wir dieses Jahr auch in Unterkulm eine 1. Mai-Feier veranstalten. Mit der nötigen Vorsicht zwar und etwas anders als die letzten Jahre. Aber wir sind hier und wir stehen ein für Veränderung und für soziale Gerechtigkeit in der Schweiz und in der Welt. Das diesjährige Motto des 1. Mai ist «Zeit für die soziale Wende». Das Motto hätte nicht treffender gewählt werden können vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund.

Das vergangene Jahr war speziell und herausfordernd für uns alle. Doch es hat vor allem eines gezeigt: die Schweiz wird von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern am Laufen gehalten und vor allem von solchen, die wenig Wertschätzung und wenig Lohn erhalten. Die soziale Ungleichheit hat sich verstärkt und sie vor allem zutage gebracht. Das sollte auch dem Hinterletzten klar sein. So kann es nicht weiter gehen und es braucht eine starke Veränderung in unserer Gesellschaft.

Armut macht krank, das ist nichts neues. Es ist deshalb kein Zufall, dass die meisten Ansteckungen mit dem Coronavirus in den unteren Schichten geschehen sind und auch mehr schwere Krankheitsverläufe verzeichnet wurden, das haben internationale Studien gezeigt. Zusätzlich kommt dazu, dass je nach Beruf, der Schutz weniger gut ist, es muss gependelt werden, in gewissen Jobs ist es schwieriger, die Schutzmassnahmen einzuhalten und es ist wahrscheinlicher, dass eine Ansteckung passiert. Und da ein tiefer sozialer Status auch schon vorher wahrscheinlicher machte, an gewissen Krankheiten zu leiden, die bei Corona zu schweren Verläufen führt, sind diese Menschen noch gefährdeter. Die Gewerkschaften waren vor allem im letzten Frühling sehr aktiv und haben auf Missstände aufmerksam gemacht. Beispielsweise, dass auf gewissen Baustellen kein fliessendes Wasser vorhanden war. Wie sollte man da die Hygienemassnahmen denn einhalten können? Oder dass bei gewissen Arbeiten die Abstände nicht eingehalten werden konnten. In Heimen war und ist zu wenig Schutzmaterial da, Abstände konnten nicht eingehalten werden. Risikopersonen wurden an vielen Orten nicht ernst genommen oder wurden von den Arbeitgeber:innen schickaniert. Reinigungskräfte mussten Extratouren schuften, KiTas ohne Schutz Kinder betreuen und Paketboten schoben Überstunden.

Menschen in tieferen Einkommenbereichen sind wirtschaftlich auch am stärksten betroffen von der Coronakrise. Arbeitslosigkeit, Unsicherheit, Kurzarbeit führen dazu, dass viele Menschen in unserem Land in existenzielle Ängste geraten und in finanzielle Schwierigkeiten. Diese werden im Moment nicht aufgefangen und die Menschen bleiben alleine damit. Auf der anderen Seite haben Top-Verdienenden hingegen mehr Vermögen bilden können.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat in einer Berechnung gezeigt, dass die untersten Einkommensklassen bis CHF 4000 brutto rund CHF 300 pro Monat weniger Einkommen haben. Bei den oberen Klassen ab CHF 10'000 sind es 300 bis 400 mehr im Monat. Kommt dazu, dass die Besserverdienenden, die im Büro, auch bessere Arbeitsbedingungen haben und mehr Schutz. Sie können im Homeoffice arbeiten und müssen nicht zur Arbeitsstelle reisen, was ihnen eine bessere Wahrscheinlichkeit gibt, nicht krank zu werden. Während die anderen eher schlechtere Bedingungen haben. Auch wenn Homeoffice nicht nur Vorteile

bringt, sondern auch Stress bringt durch die ständige Erreichbarkeit und je nach Situation zuhause auch zu schwierigen Situationen führen kann.

Besondere Aufmerksamkeit erlangte das Gesundheitspersonal in dieser Pandemie. Es wurde allen klar, dass wir da ein Problem haben, gerade auch, wenn der Gesundheitsbereich immer mehr ökonomisiert wird. Seit Jahren machen die Gewerkschaften und Verbände darauf aufmerksam, dass die Gesundheitsversorgung nicht der Marktlogik unterworfen sein kann, sondern eine staatliche Aufgabe ist, welche auch genügend finanziert werden muss. Heute haben wir ein Gesundheitssystem, das marktwirtschaftlich funktionieren muss, wir haben Kantonsspitäler, die immer wieder Sparmassnahmen beschliessen müssen, damit sie dringend benötigte Neubauten finanzieren können oder weil sie dem Kanton Dividenden auszahlen müssen, wir haben ein Parlament, das jahrelang immer wieder geschraubt hat an der Finanzierung von Vorhalteleistungen, also Leistungen, die die Spitäler bereit halten müssen für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung und besonders jetzt wichtig sind. Gespürt haben das vor allem die Angestellten, vom Angestellten in der Abwaschküche, dem Verantwortlichen für Patiententransport, der Reinigungskraft über die Pflegefachfrau bis hin zur Ärztin. Die Löhne sind tief und entwickeln sich kaum, die Arbeitsbedingungen schlecht, fast niemand kann 100% arbeiten, weil die Erholungszeit fehlt. Dasselbe sehen wir in Alters- und Pflegeheimen. Es ist erschreckend: 50% der Angestellten in Gesundheitsberufen verlassen den Job nach nur 5 Jahren. Der Fachkräftemangel ist gross und wird sich in den nächsten Jahren vergrössern. Letzten Frühling haben wir an den Balkonen geklatscht, uns für den Einsatz des Gesundheitspersonal bedankt, sie Helden genannt. Ein paar Monate später war alles wieder vergessen. Bei der Debatte um die Pflegeinitiative, haben die Politiker:innen ihr wahres Gesicht gezeigt. Der National- und Ständerat haben einen Gegenvorschlag erarbeitet, bei dem alle wichtigen Punkte weggelassen wurden, z.B. der Punkt «bessere Arbeitsbedingungen». So lösen wir die Probleme nicht. Das Gesundheitspersonal hat in einer Protestwoche in der letzten Oktoberwoche seinen Unmut gezeigt, gegen diese Politik und forderte bessere Löhne, mehr Schutz und bessere Arbeitsbedingungen. Gemeinsam mit dem SBK, der SYNA hat der VPOD auch im Aargau diese Aktion mitgetragen. Und was kam von der Politik? Die Präsidentin der Gesundheitskommission des Nationalrats Ruth Humbel kommentierte die Protestwoche und bezeichnete diese zum jetzigen Zeitpunkt als «zynisch». Und: das Gesundheitspersonal habe ja sichere Arbeitsplätze. Zynisch? Zynisch ist es, wenn man das Gesundheitspersonal ausbrennen lässt, dieses extrem belastet, immer noch keine Lohnerhöhungen gewährt werden und die Arbeitsbedingungen nicht verbessert. Das Gesundheitspersonal ist zu Recht enttäuscht und frustriert. Und in diesem Jahr wird wohl das Gesundheitswesen auch von einer Kündigungswelle erfasst werden, was die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung akut gefährdet.

Was wir in diesem Jahr auch gesehen haben: wie wichtig funktionierende staatliche Dienstleistungen sind. Aber auch hier, die Politik denkt nicht daran, den Service Public zu stärken, sondern plant schon die nächste Gewinnsteuersenkung für erfolgreiche Firmen und Gutverdienende. Wir wissen, wohin das führt, zu Abbaumassnahmen und diese werden natürlich wieder die Schwächeren treffen.

Was wir brauchen ist ein Wandel, eine starke Veränderung. Wir brauchen bessere Arbeitsbedingungen und mehr Schutz für die Arbeitnehmenden. Löhne, von denen man

Leben kann und nicht, dass Menschen, die Vollzeit arbeiten auch noch Sozialhilfe beziehen müssen. Das erreichen wir nur mit der Einführung eines verbindlichen Mindestlohnes. Wir müssen neue Modelle denken, wie beispielsweise das Grundeinkommen. Und wir müssen die sozialen Sicherungssysteme stärken. Die Altersvorsorge muss gesichert und ausgebaut werden, damit die Menschen in Würde altern können, nach dem sie ein Leben lang gearbeitet haben. Aber auch hier sind wir in nächster Zeit gefordert und müssen einen Rentenabbau verhindern.

Es gibt viel zu tun.

Es ist Zeit für den sozialen Wandel. Und zwar jetzt!